Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 46

Artikel: Chruschtschew schwieg sich über das Thema vor dem Parteikongress aus : "Absterben des Staates" ist sein Ausbau

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076475

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Chruschtschew schwieg sich über das Thema vor dem Parteikongress aus

«Absterben des Staates» ist sein Ausbau

Chruschtschew widmete vor dem 22. Kongress der KPdSU diesen Herbst einen beträchtlichen Teil seiner langen Ausführungen der Ueberführung der staatlichen Macht in die gesellschaftliche Selbstverwaltung, diesem massgebenden Prozess in der Entwicklung zum «Vollkommunismus». Dabei aber kam er auffälligerweise auf seine und seines Vorgängers These nicht weiter zu sprechen, dass nämlich der Staat bis zum Augenblick seiner Auflösung immer noch weiter gefestigt werden müsse. Dieser paradoxe Satz war vor zwei Jahren im Kreuzfeuer der «revisionistischen» Kritik Jugoslawiens gestanden und gehörte zu den wichtigsten ideologischen Streitpunkten zwischen Moskau und Belgrad. Anderseits widerrief Chruschtschew seine These keineswegs, und jüngste sowjetische Veröffentlichungen der Partei unterstützten sie noch mit Entschiedenheit. Als wichtigstes aber: Sie wird in der Praxis gehandhabt.

Die heutige Wirklichkeit

in der Sowjetunion lässt jedenfalls keinen Zweifel darüber, dass die effektive Staatsgewalt ausgebaut wird, und zwar nicht nur nach aussen (Aufrüstung, Nuklearversuche, Bestanderweiterung der Armee, Dienstverlängerung), sondern in ganz deutlich ersichtlichem Mass auch nach innen. Neben den vier Millionen Armee-Angehörigen dürfte es heute in der UdSSR nahezu 15 Millionen Personen geben, die in Polizei, Staatssicherheitsdienst und Bewachungstruppen aller Art beschäftigt sind. Rund acht Prozent der gesamten Bevölkerung stehen ständig unter Waffen.

Zu verschiedenen Malen erheblich verstärkt wurden allein in diesem Jahr die Kompetenzen des Staatsapparates in bezug auf Strafsanktionen. So wurde die Todesstrafe für Wirtschaftsverbrechen wieder eingeführt und auf Grund des neuen Erlasses sogleich in mehreren Prozessen demonstrativ gefällt. Dann wurden die Strafen für Arbeitsvergehen erhöht (Deportationen) und der Kampf gegen «gesellschaftsfeindliche Elemente» in aller Schärfe aufgenommen, ebenfalls unter Erweiterung der richterlichen und polizeilichen Kompetenzen. Dabei soll die Strafe im Vollkommunismus ja überhaupt abgeschafft werden.

In der Wirtschaftsplanung, wo die Staatsgewalt ohnehin massgebend ist, schuf gerade die Chruschtschew-Aera neue staatliche Verwaltungsgebiete, die auf eine staatliche Machtverstärkung hinauslaufen. Die staatliche Lenkung der Agrarwirtschaft hat mit der zu einer ständigen Institution gewordenen Umsiedlungspolitik einen neuen Höhepunkt erreicht (allerdings von ganz anderem Charakter als die stalinistischen Deportationen, die nicht als wirtschaftliche Massnahmen, sondern als Ausrottungsaktionen bestimmter Bevölkerungsteile gemeint waren).

Die ganze Wirklichkeit der Sowjetunion bestätigt also die Realisierung der These, die noch diesen Herbst in der offiziellen Parteipresse zu lesen war: «Die Stärkung des Staates muss bis zum Augenblick seines Absterbens weitergehen.»

Der Staat ist ein hierarchisch und territorial gegliederter Zwangsapparat, welcher dem Willen der über die Produktionsmittel verfügenden Klasse untergeordnet ist, um ihr Eigentum und ihre sonstigen Interessen den Klassengegnern gegenüber zu gewährleisten; er garantiert dieser Klasse die Führung der Gesellschaft.

Stanislaw Ehrlich (polnischer Staatsrechtler), «Teoria Panstwa i Prawa», Warschau, 1957.

(Piskowin in «Sowjetskoje Gosudarstwo i Prawo» Nr. 9, 1961). Die dort angeführte unmittelbare Begründung entspricht derjenigen, welche schon in bezug auf die ausgeweiteten Rechtskompetenzen bis zur Auflösung des Rechtes genannt wurde (siehe Untersuchung KB Nr. 44): Der Staat muss seine Auflösung selbst vorbereiten, d. h. gerade dazu braucht er vermehrte Kompetenzen.

Das Paradox

beruht zum Teil schon auf die kommunistische Definition des Staates (Als Ueberbau und als Uebergang zur rein gesellschaftlichen Selbstverwaltung — parallel zum Recht, siehe KB Nr. 44). Der Staat ist nach marxistisch-leninistischer Auffassung nur ein Klassenstatut — siehe die untenstehende Definition eines polnischen Kommunisten — und als solcher mit der klassenlosen kommunistischen Gesellschaft überhaupt nicht vereinbar. Deshalb ist der Begriff des «kommunistischen Staates» nach der Parteilehre selbst ein Paradox. Er dient ja der Ausbeutungsmacht der herrschenden Klasse, die es im Kommunismus ja gar nicht gibt.

Das faktische Bestehen des Staates im kommunistischen Bereich wird mit der historischen Notwendigkeit erklärt: Man braucht seinen Zwang, um mit den inneren und äusseren Feinden der in Aussicht genommenen klassenlosen Herrschaft fertig zu werden. Insofern betrachtet die Theorie auch die «Diktatur des Proletariats» als Uebergangserscheinung: sie braucht nur solange zu bestehen, bis unter ihrem Druck die Klassengegensätze aufgehört haben zu existieren. Ursprünglich war auch die «Vorhut des Proletariats», die kommunistische Partei als eine im Vollkommunismus nicht mehr nötige Erscheinung dargestellt worden. Diese These ist allerdings geändert worden. Das neue Parteiprogramm und Chruschtschew vor dem Kongress gaben deutlich zu erkennen, dass die Führungsrolle der Partei auch in der klassenlosen Gesellschaft unumgänglich sei.

Zur Diskussion steht der Zeitpunkt ...

Sind sich die Ausdeuter der kommunistischen Lehre darüber einig, dass der Staat einmal zu verschwinden habe, lösten sich anderseits die herrschenden Ansichten über die Dauer ab, die dem Paradoxon der kommunistischen Gesellschaft beschieden sein müsse. An sich wäre zu erwarten, dass der vom Volk getrennte Zwangsapparat Staat zur gleichen Zeit verschwinden würde, wie die Voraussetzungen seiner Existenz. Die war auch die Meinung Engels, der keinen Sinn in der Existenz des Staates erblickte, sobald Ausbeutung, Privateigentum und die sich befehdenden Klassen verschwunden sein würden.

Aber Lenin (und in seinem Gefolge Stalin) korrigierten dann diese Theorie: Der staatliche Zwangsapparat müsse solange aufrecht erhalten werden, bis sich die Bürger daran gewöhnten, ihre Pflicht freiwillig, gewissenhaft und ohnen Zwang zu erfüllen. Ein weiterer Grund für sein Weiterbestehen ist nach Stalin die «kapitalistische Umkreisung». Gegen diese Bedrohung von aussen braucht auch der kommunistische Bereich den Staat. Beide Bedingungen sind in der Chruschtschew-Aera nachdrücklich betont worden. Der neue Parteisekretär verschärfte sie noch, indem er zur «kapitalistischen Umkreisung» noch die Gefahr des (westlichen) Imperialismus erfand. Im neuen Parteiprogramm heisst es: «Für das völlige Absterben des Staates braucht es sowohl innere Voraussetzungen — Aufbau einer entwikkelten kommunistischen Gesellschaft — als auch äussere Voraussetzungen — entgültige Aufhebung der Gegensätze zwischen Kapitalismus und Kommunismus auf der internationalen Bühne zugunsten des Kommunismus.» Damit aber wird nichts anderes gesagt, als dass der Aufbau des Vollkommunismus erst dann beginnen kann, wenn die kommunistische Macht die ganze Welt beherrscht.

... und was bis dahin geschieht

Nach dieser «Festlegung» des Zeitpunktes (die erste Voraussetzung ist bestimmt utopisch, die zweite hoffentlich) haben wir keine Ursache die Aufhebung der Zwangsorgane zu erwarten, selbst unter der Voraussetzung, dass sie in Wirklichkeit beabsichtigt wäre (beabsichtigt ist tatsächlich eine Umwandlung der Zwangsmittel, die von der Partei nicht mehr mittelbar und gesetzlich durch den Staat, sondern unmittelbar und ungesetzlich durch die KP-Organisationen gehandhabt werden sollen — siehe KB Nr. 44).

Dagegen ist die Auflösung des Staates eine offizielle Zielsetzung. Selbst wenn wir sie als unerreichbar betrachten, müssen uns die Wege interessieren, auf denen die Annäherung erfolgt. Denn das ist Realität der Gegenwart und unmittelbaren Zukunft.

Nun erfolgt laut kommunistischer Theorie der Uebergang zum Vollkommunismus (und mit ihm das Absterben des Staates) a) durch ständige Festigung und Stärkung des Staates bis zu seinem Absterben, und b) nicht etwa sprunghaft, sondern phasenweise, in Form des allmählichen Hinüberwachsens vom «Sozialismus» in den Kommunismus.

Die beiden Punkte stehen zu einander im Widerspruch, denn je stärker die Staatsmacht ausgebaut wird, um so abrupter muss dann ihr Ende erfolgen. Die erste These ist denn auch nicht unbestritten geblieben: Der 7. Kongress der jugoslawischen KP nahm 1959 offiziell dagegen Stellung und stellte die Forderung auf, dass «die Erweiterung der Demokratie» (in diesem Sinne vermehrte gesellschaftliche Selbstbestimmung in Richtung auf den Kommunismus) parallel zur Schwächung des Staates gehen müsse.

Dies verschärfte den ideologischen Streit im kommunistischen Machtbereich. Die sowjetische KP verdammte die Losung «Sozialismus ohne Staat» als antimarxistisch und revisionistisch.

Die sowjetische These von der vorläufigen Ausweitung der Staatsgewalt stützt sich auf Stalin, der noch kurz vor seinem Tode (Januarplan des ZK der KPdSU 1953) erklärt hatte, dass «das Absterben des Staates nicht durch Schwächung der Staatsgewalt, sondern durch ihre maximale Stärkung erfolgt». Chruschtschew übernahm diese Anschauung ohne jede Einschränkung: «Den sozialistischen Staat unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu schwächen, heisst dem Feind zu helfen», führte er vor dem 21. Parteikongress aus. «Man darf sich den Prozess des Absterbens nicht vereinfacht als eine Art herbstlichen Blätterfall vorstellen, wo das Laub fällt und nur die kahlen Aeste übrigbleiben.» In diesem Sinne wurde er noch in diesem Herbst von der massgebenden Parteipresse zittiert.

Dabei bezieht sich dieser Aspekt keineswegs nur auf die äussere Staatmacht (Militär usw.), was sich noch durch die «imperialistische Bedrohung» rechtfertigen liesse, sondern durchaus auch auf die innern Verhältnisse. «Die Festigung des Staates ist ein Weg, der zur demokratischen Entwicklung führt», hiess es etwa in «Sowjetskoje Gosudarstwo i Prawo» in Uebereinstimmung mit der ganzen Parteiliteratur.

Bis zu einem gewissen Grad lässt sich dabei eine Ueberlegung begreifen. Da die Gesellschaftsorganisationen mit ihren Sozialnormen dereinst die Rolle des Staates übernehmen sollen, müssen sie vom Staate quasi «in die Praxis eingeführt» werden, wodurch er jetzt erhöhte Kompetenzen und Kontrollmöglichkeiten erhält, da die parteigeleiteten Gesellschaftorgane jeden Bereich des Arbeits- und Privatlebens umfassen. Der Staat verstärkt also seinen Zwang, um ihn hernach laut kommunistischer Theorie völlig aufzugeben.

In Wirklichkeit heisst das höchstens, dass er ihn der KP völlig *über*geben wird.

Soziales

Jugoslawien

Die Lohnverteilung

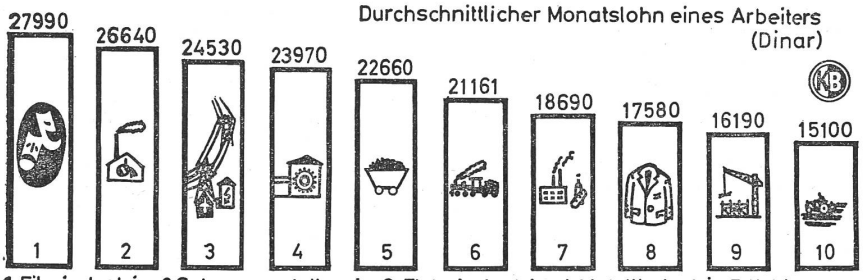
Die jugoslawische Wirtschaftsreform hat unter anderm eine Bewegung im Lohn- und Preisgefüge zur Folge, die noch keineswegs abgeschlossen ist, aber schon deutlich ein Spannungsverhältnis zwischen Produktionsforderungen und Sozialforderungen aufgezeigt haben, obwohl beide im Prinzip vom staatlichen Wirtschaftsplan geregelt werden sollen.

An sich sollen Arbeitsproduktivität und Löhne im gleichen Masse gesteigert werden, aber der forcierte Produktionsanreiz brachte zusätzlich eine Lohn- und Preisbewegung in Gang, die zwar nicht inflatorischen Charakter angenommen hat, oder in jugoslawischen Wirtschaftskreisen doch zu lebhaften Erörterungen Anlass gibt. (Die Suche nach ausländischen — westlichen — Krediten hat ohnehin eine Absinkung der Kaufkraft beschleunigt). Der Durchschnittslohn von Facharbeitern, der noch letztes Jahr auf etwa 13 500 Dinar lag, ist heute wesentlich höher. Unsere Tabelle aus der «Borba» vom 10. Oktober gibt darüber Aufschluss. Die Preise sind mindestens im gleichen Verhältnis gestiegen (neuestens sind die Getreidepreise recht massiv erhöht worden).

Aber unsere Tabelle ist auch in anderer Hinsicht interessant, nämlich in bezug auf die unterschiedliche Lohngestaltung in den verschiedenen Produktionszweigen. Hier ergibt sich trotz der «sozialistischen» Plankonzeption ein nahezu kapitalistisch anmutendes Bild.

(An sich ist die kommunistische Theorie auch offiziell nicht für «Gleichmacherei» in der Lohnpolitik, wie schon das Wort «Jedem nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen» erkennen lässt. Wo jedoch ganze Wirtschaftszweige je nach Profitabilität entlöhnungsmässig unterschiedlich behandelt werden, beginnen die Kriterien von Angebot und Nachfrage der freien Marktwirtschaft über die planwirtschaftlichen Normen obenaus zu schwingen.)

Noch verdeutlicht wird es durch die recht massiven Unterschiede von oben nach unten in den gleichen Wirtschaftszweigen. Wie sich aus jugoslawischen Presseberichten ergibt, verdient etwa der Direktor eines kleinen Betriebes oft das Zwölffache eines Angestellten. Während sich die grössten Monatslöhne auf 170 000 Dinar belaufen, liegen die niedrigsten noch bei 8000.



1. Filmindustrie 2. Schwarzmetallurgie 3. Eletroindustrie 4. Metallindustrie 5. Kohlenindustrie 6. Eisenbahnverkehr 7. Lebensmittelindustrie 8. Textilindustrie 9. Bauwesen 10. Landwirtschaft

In der Sicht Titos

Preiserhöhung, ungenügende Arbeitsproduktivität, mangelnde Sozialpolitik und Landflucht waren einige wichtige Themen aus Titos Rede vom 13. November in Skopje. Der jugoslawische Staatschef sprach «offen über die negativen Erscheinungen, obschon dies im Ausland als Vorwand benützt wird, um zu beweisen, dass in Jugoslawien nicht alles gut steht».

Bezüglich der Industrie-Entwicklung wies Tito auf bestehende «Anomalien» hin, die vor allem die Rentabilität beträfen. Es würden, im Bestreben Bauprogramme zu erfüllen, zu viele Betriebe der gleichen Branche ohne Rücksicht auf die Marktbedürfnisse gebaut. Dann ein Hauptpunkt: Schärfer wurde der Ton, als die Gestehungskosten zur Sprache kamen: «Die niedrige Arbeitsproduktivität ist eine der wesentlichsten negativen Erscheinungen vieler Betriebe. Wir fragen uns, weshalb die Preise immer steigen, obschon Waren genug vorhanden sind. Der Grund liegt darin, dass einige unserer Fabriken die Preise willkürlich erhöhen, um sich grössere Lohnfonds zu schaffen. Diese Praxis schafft uns nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Schwierigkeiten.

Im weiteren enthüllte Tito, dass Arbeiter manchmal aus dem einzigen Grund entlassen würden, weil sie Kritik an bestehenden Mängeln ausübten. Auch hier wurde angefügt, dass «solche Kleinigkeiten dem hohen jugoslawischen Ansehen in der Welt Schaden zufügen.»

(Sorge um Westkredite)

Im Agrarsektor stellte Tito einerseits ungenügende Ernte-Erträge und anderseits eine fortdauernde Landflucht namentlich der jüngeren Generation fest. Beiden Erscheinungen will der jugoslawische Präsident mit Kollektivierungsmassnahmen begegnen, die allerdings vorsichtig und allmählich durchgeführt werden sollen, um die Katastrophen der Satelliten zu vermeiden. Wirtschaftliches Nahziel der Kollektivierungskampagnen: Rationellere Ausnützung des Traktoren- und Maschinenparkes.

Tito hielt seine Rede vor 200 000 Zuhörern anlässlich der Einweihung der Autostrasse Grdelica-Skoplje, die 138 km lang ist und von den Jungarbeiterbrigaden dieses Jahr fertig gebaut wurde. Der Strassenbau gehört zu den Sektoren, in denen Jugoslawien unzweifelhafte Erfolge aufzuweisen hat.

Landwirtschaft

Polen

Erster Kongress seit 1956

Die polnischen Kollektivbauern halten im Januar ihren ersten Kongress seit der Machtübernahme durch Wladyslaw Gomulka im Oktober 1956 ab. Damals war die Mehrheit der polnischen Kollektive aufgelöst worden.

Auf einer Sitzung des Nationalrats der Kollektivwirtschaften wurde der Termin des Kongresses für den Januar 1962 festgesetzt und zur Vorbereitung ausserdem, laut Presseberichten, «eine ganze Serie von Distrikt- und Provinzkongressen für die Delegierten der Kollektive gestartet».

Der letzte Kongress hatte im Mai 1956 stattgefunden, als es in Polen weit über 10 000 Kollektivwirtschaften gegeben hatte. Heute zählt man nicht mehr ganz 2000.

Auf dem Kongress des Jahres 1956 waren verschiedene Resolutionen verabschiedet worden, die alle eine rapide Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung vorsahen. Aber kurze Zeit später begann sich die Lage in der Landwirtschaft bedeutend zu verschlechtern. Immer mehr Kollektivbauern reichten Gesuche ein, in denen sie um ihren Austritt aus den Kollektiven nachsuchten. Dabei handelte es sich in erster Linie um solche Mitglieder, die gezwungen worden waren, in die Kollektive einzutreten und die das Gefühl einfach nicht los wurden, von selbständigen Grundbesitzern zu landwirtschaftlichen Arbeitern degradiert worden zu sein.

Schon vor den Ereignissen des Oktobers 1956, die Gomulka wieder an die Macht